

MÄRZ 2007



Stefanie Knörck
Praktikantin

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WASHINGTON, D.C.



Energiesicherheit und die amerikanisch-russischen Beziehungen

Am 8. Januar 2007 stoppte Russland die Öllieferungen durch die Pipeline „Druschba“ gen Westen. Ursache war ein Streit mit Weißrussland über eine Erhöhung der Ölpreise. Nach ähnlichen Problemen mit der Ukraine im Januar 2006 war dies das zweite Mal, dass der Westen von Russlands Auseinandersetzungen mit Transitländern betroffen war und die Öllieferungen eingeschränkt wurden. Das Ereignis sorgte für starke Besorgnis bei den betroffenen europäischen Ländern sowie bei der Europäischen Union. Das Thema Energiesicherheit steht erneut auf der Agenda, die Dringlichkeit einer gemeinsamen Energiepolitik der EU wird offensichtlich. Doch wie wurden die Ereignisse in den USA wahrgenommen? Welche Auswirkungen haben diese auf die Energiepolitik der USA und auf die Wahrnehmung Russlands?

Energiesicherheit – Debatte in den USA

Da die USA vom Stopp der Öllieferungen nicht direkt betroffen waren, waren die Reaktionen nicht so stark wie in Europa. Die Ereignisse wurden von der Presse aufgegriffen, standen jedoch nicht oben auf der Themenagenda. Auch das Außenministerium gab nur einen kurzen Kommentar. Das Abzapfen von Öl durch Weißrussland wurde verurteilt, gleichzeitig kritisierte man aber auch Russland, es wolle seine Energieressourcen als politisches Druckmittel einsetzen. Der Sprecher des Außenministeriums sagte des weiteren, dass es sich um eine Auseinandersetzung zwischen Russland und Weißrussland handele und sich die USA daher nicht einmischen sollten. [1]

Obwohl die Ereignisse keinerlei Einfluss auf die Energieversorgung der USA hatten, haben sie doch dazu beigetragen, die Debatte über Energiesicherheit weiter anzukurbeln. Der Republikanische Senator Richard G. Lugar bezeichnete die Ereignisse als einen „Weckruf für die USA“ [2], man müsse sich über die Energiesicherheit Gedanken machen und handeln. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass die Nutzung der Energieressourcen als politische Waffe bald üblich werde und nicht nur von Russland, sondern auch von anderen Ländern, wie beispielsweise Venezuela oder Iran, eingesetzt werde. Die Energieabhängigkeit der USA müsse reduziert werden, außerdem müsse man die Energiequellen diversifizieren.[3] Lugar forderte bereits auf dem NATO – Gipfel in Riga im November 2006, dem Thema Energiesicherheit mehr Beachtung zu schenken und es in Artikel 5 der NATO – Charta aufzunehmen. Durch einen Stopp von Öl – und Gaslieferungen könne man heute genauso großen Schaden anrichten, wie mit einem Militärschlag. Die NATO müsse darauf vorbereitet sein und im Notfall reagieren können.[4]

Präsident Bush legte in seiner Rede zur Lage der Nation am 23. Januar 2007 einen seiner Schwerpunkte auf das Thema Energiesicherheit, welches danach stark in den Medien und der Öffentlichkeit diskutiert wurde. In einer Rede über die Energieinitiative der Administration erläuterte Bush, dass man die Abhängigkeit von anderen Ländern verringern müsse, da es sich hierbei um ein wirtschaftliches und nationales Sicherheitsrisiko handele. Daher müsse der Ener-

Senator Richard G. Lugar bezeichnete die Ereignisse als einen „Weckruf für die USA.“ Man müsse sich über die Energiesicherheit Gedanken machen und handeln, so der Senator.

Energiesicherheit – Debatte in den USA

gieverbrauch gesenkt und die Öl- und Gasförderung im eigenen Land erhöht werden. Auch alternative Energiequellen müssten verstärkt genutzt werden.[5] Bushs Vorschläge, den Benzinverbrauch in den nächsten 10 Jahren um 20% zu senken, sowie die Ethanolnutzung zu erhöhen, wurden in der Presse allerdings scharf kritisiert. Man bezweifelt, dass die Pläne den gewünschten Erfolg bringen und glaubt, dass der Weg zur Energieunabhängigkeit mit Bushs Plänen noch sehr lang sein wird.[6] Auch wird in Frage gestellt, ob Administration und Kongress die diskutierten Maßnahmen wirklich umsetzen werden.[7] Kritik kommt auch aus den Think Tanks. So warf Kevin A. Hassett, American Enterprise Institute, Regierung und Kongress vor, es mit der neuen Klimaschutzpolitik nicht wirklich ernst zu meinen. Die Pläne der Regierung würden keinen Sinn machen und seien viel zu kompliziert, wo man das Problem doch mit einer Schadstoffsteuer ganz einfach in den Griff bekommen könne. Diese würde dazu führen, dass weniger Sprit verbraucht würde und die Menschen sich nach anderen Energiequellen umsehen würden.[8]

Die Energiepolitik der Europäer wird in den USA stark kritisiert. Hierbei stehen zwei Gründe im Vordergrund. Erstens habe man die Warnungen der USA, sich nicht zu stark von einem Energielieferanten (Russland) abhängig zu machen, in einigen Ländern jahrelang in den Wind geschlagen. Nun sehe man, wohin dies geführt habe.[9] Zweitens könne es nicht sein, dass man in der Europäischen Union immer noch keine gemeinsame Energiepolitik entwickelt habe und sich einzelne Länder mit verschiedenen Interessen gegenseitig im Weg stünden. So werde Europa als Ganzes geschwächt und sei unfähig zu reagieren. Es sei nun Zeit für eine gemeinsame Energiepolitik der Europäischen Union. Nur so könne man vermeiden, dass sich die einzelnen Mitgliedstaaten weiterhin gegenseitig Konkurrenz machen. Ein geeintes Europa könne Russland gegenüber als stärkerer Verhandlungspartner auftreten. So habe man wesentlich bessere Chancen, seine Interessen durchzusetzen.[10] Auch die USA brauchen ein vereintes Europa, das als starker Partner auftreten kann, wenn es darum geht, gemeinsame Interessen gegenüber Russland durchzusetzen.

Die amerikanisch-russischen Beziehungen auf dem Prüfstand

Ein Grund für das Streben nach mehr Energieunabhängigkeit in den USA ist mit Sicherheit die Erkenntnis, dass die meisten rohstoffreichen Länder alles andere als stabil und/oder den USA nicht freundlich gesinnt sind. Als Beispiele werden Iran und Venezuela genannt.[11] Die wiederholten Lieferstopps Russlands haben der Welt vor Augen geführt, dass auch Russland nicht unbedingt als zuverlässiger Energielieferant gelten kann. Mit dem Stopp seiner Lieferungen rückte Russland wieder stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit. Doch stehen nicht mehr nur Energiefragen im Vordergrund. Russlands Rolle in der Welt und die Beziehungen zu den USA im Allgemeinen werden diskutiert.

So herrscht in Washington einhellig die Meinung, dass die Beziehungen zwischen Russland und den USA so schlecht sind wie nie seit dem Ende des Kalten Krieges. Was die Ursachen betrifft, gibt es verschiedene Meinungen. So sieht Stephen F. Cohen, Professor of Russian and Slavic Studies an der New York University, die Hauptursache in der Politik der Clinton-Administration, Russland als den Verlierer des Kalten Krieges zu behandeln. Indem man die USA als die „Siegernation“ darstellte und Russland in die Rolle des Bittstellers drängte, wurden in Russland anti-amerikanische Gefühle geschürt. Diese kommen nun, da Russland erneut

Die wiederholten Lieferstopps Russlands haben der Welt vor Augen geführt, dass auch Russland nicht unbedingt als zuverlässiger Energielieferant gelten kann.

Die amerikanisch-russischen Beziehungen...

an Stärke gewinnt, wieder zum Vorschein.[12] Dmitri Trenin, Senior Associate und Deputy Director des Carnegie Moscow Center, sieht ein großes Problem darin, dass sich beide Länder nicht darüber im Klaren sind, dass sie sich gegenseitig brauchen. Aus diesem Grunde würden die Beziehungen stark vernachlässigt. Beide Seiten seien der Ansicht, dass das andere Land zunehmend an Einfluss auf internationaler Ebene verlöre. Dies führe dazu, dass man nicht mehr aktiv an den Beziehungen arbeite, sondern lediglich darauf warte, dass der andere einen Fehler mache, um davon profitieren zu können.[13]

Kritik aus den USA

Ein Problem scheint die starke Kritik Amerikas an den Entwicklungen in Russland zu sein. Das State Department hat deutlich gemacht, dass es nicht zögert, Russland zu kritisieren, wenn man es für angebracht halte. Russland tue dies umgekehrt schließlich genauso. So ist man nicht bereit, das zunehmend autoritäre Regierungssystem Putins, den Machtgewinn des Kremls sowie die Marginalisierung der Opposition einfach hinzunehmen. Auch die Situation der Presse im Land sowie die Journalistenmorde wurden aus Amerika kritisiert. Die voranschreitende Nationalisierung des Energiesektors weckt ebenfalls starke Besorgnis in Washington. So sprachen auf einer Veranstaltung des Cato Institute Robert Amsterdam, Anwalt von Mikhail Khodorkovsky, und Andrei Illarionov, ehemaliger Wirtschaftsberater von Putin, über die Entwicklungen des Energiesektors der letzten Jahre. Amsterdam kritisierte die Asymmetrie der Verhandlungen zwischen Russland und dem Westen – Russland wolle einerseits Zugang zu westlichen Märkten erhalten, andererseits aber keine ausländischen Investoren ins Land lassen. Die wirtschaftlichen Folgen der Verstaatlichung des Energiesektors sieht er mit großer Besorgnis. Profit und Produktion würden geschmälert, da Gewinnmaximierung nicht mehr Hauptziel sei. Firmen wie Gazprom und Rosneft würden zunehmend politische Ziele verfolgen. Gleichzeitig würde die Regierung immer korrupter, die Bereicherung Einzelner stünde immer mehr im Vordergrund. Amsterdam machte darauf aufmerksam, dass man die Entwicklungen im Energiebereich nicht von anderen Entwicklungen in Russland trennen könne. So käme es bei der Durchsetzung der Energiepolitik zu Menschenrechtsverletzungen, Rechtsstaatlichkeit sei nicht mehr gewährleistet, wie das Beispiel seines Mandanten Mikhail Khodorkovsky zeige. Illarionov identifizierte die Debatte über die Reform des Elektrizitätssektors im Jahr 2000 als Ursprung für die heutige Energiepolitik Russlands. Damals sei man zu der Überzeugung gekommen, dass der Staat mehr Einfluss im Energiesektor bekommen müsse. Als weitere wichtige Stationen auf dem Weg zur heutigen Energiepolitik nannte er die Yukos-Affäre, die Auseinandersetzung mit der Ukraine Anfang 2006 sowie den G8-Gipfel in St. Petersburg. Hier habe sich Russland sein Handeln von der internationalen Gemeinschaft quasi absegnen lassen. Bezüglich der Yukos-Affäre sagte er, dass man sich in Russland offenbar keine erfolgreichen, transparenten Firmen wünscht, die gleichzeitig die Zivilgesellschaft stärken indem sie das Demokratieverständnis der Menschen im Land fördern. [14]

Eine weitere Befürchtung von Seiten der USA ist, dass Putin seine Macht – und dazu gehört auch die Energie – nutzen wird, um seinen Forderungen auf der internationalen Bühne Nach-

Das State Department hat deutlich gemacht, dass es nicht zögert, Russland zu kritisieren, wenn man es für angebracht halte. Russland tue dies umgekehrt schließlich genauso.

Kritik aus den USA

druck zu verleihen. Die aufgrund dieser Entwicklungen stärker werdende Kritik aus den USA trägt aber in Russland nicht zur Lösung der Probleme bei, sondern führt lediglich dazu, dass gegen die USA Stimmung gemacht wird und das Amerikabild im Lande weiter verschlechtert wird. Die Kritik der USA hat laut Garry Kasparov, einer der führenden Oppositionellen in Russland, meist nicht den gewünschten, sondern einen gegenteiligen Effekt.[15] So habe man in Russland das Gefühl, die USA würden stets Regeln für andere aufstellen und sich dann nicht einmal selbst daran halten. Warum also sollte Russland die Regeln befolgen?

Ambitionen Russlands

Diese Eigensinnigkeit und Unwilligkeit, mit den USA zusammenzuarbeiten, wird in den USA zunehmend als Zeichen dafür gesehen, dass Russland wieder nach mehr Macht auf internationaler Ebene strebt. So ist man sich spätestens nach Putins Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz einig, dass Russland sich nicht einfach in den Westen integrieren möchte, sondern einen Gegenpol zu den USA aufbauen will. Zunehmend wird wieder von einer Atmosphäre ähnlich wie zu Zeiten des Kalten Krieges gesprochen, obwohl dies, wie Ariel Cohen schreibt, „zu simpel ist, um die entstehende globale Weltarchitektur“[16] zu beschreiben. Es wird jedoch deutlich, dass Moskau nicht vorhat, sich einer Supermacht USA unterzuordnen. Man hat den Eindruck, als könne sich Russland nur mit einer Position auf Augenhöhe mit den USA zufrieden geben. Man hat sich in Russland immer noch nicht damit abgefunden, selbst keine Supermacht mehr zu sein [17] und tut alles dafür, diesen Status wiederzuerlangen.

Erstaunlich ist, dass man in den USA von Russland zu erwarten scheint, etwas zur Verbesserung der Beziehungen zu unternehmen. Man scheint der Ansicht zu sein, dass Russland für die Verschlechterung der Beziehungen verantwortlich ist. Das Verhalten Putins in den letzten Jahren habe den USA quasi keine andere Wahl gelassen, als scharfe Kritik daran zu üben. Russland müsse sich nun wieder auf die USA zubewegen, um die Beziehungen zu verbessern. Solange Moskau nicht demokratisch werde und westliche Werte übernehme, werde es nie ein Partner sein, dem man vertrauen könne.[18] Russland versucht offensichtlich, seinen Platz auf dem internationalen Parkett neu zu definieren. In den USA wird Russland weder als Teil des demokratischen Europas noch als Teil des dynamischen Asiens wahrgenommen.[19] Man bezweifelt, dass Putin überhaupt das Ziel verfolgt, Russland in den Kreis der westlichen, kapitalistischen Demokratien zu integrieren. Wichtige Grundsätze der westlichen Zivilisation, wie zum Beispiel Demokratie und Menschenrechte scheinen für ihn nicht bindend zu sein.[20] Des Weiteren macht Putin keinen Hehl daraus, dass man mit Hilfe der durch den Energieexport steigenden Macht wieder weltweiten Einfluss gewinnen und einen Gegenpol zu den USA herstellen möchte.[21] Russland scheut nicht mehr davor zurück, seine Interessen zu vertreten, auch wenn diese nicht denen der USA entsprechen. So hat man beispielsweise Differenzen, was die Politik gegenüber Iran und Nordkorea betrifft. Auch schreckt Russland nicht vor direkter Kritik an den USA zurück, welche ihren vorläufigen Höhepunkt auf der Sicherheitskonferenz in München erreichte.

Interessant zu beobachten ist auch, was Russland auf internationaler Ebene nicht macht. Dies wird besonders am Beispiel Iran deutlich. So hat sich Russland lange gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrates gestellt, da durch Sanktionen gegen den Iran eigene Interessen gefährdet werden könnten. Diese sind vornehmlich wirtschaftlicher Natur. So betreibt man

Es wird deutlich, dass Moskau nicht vorhat, sich einer Supermacht USA unterzuordnen. Man hat den Eindruck, als könne sich Russland nur mit einer Position auf Augenhöhe mit den USA zufrieden geben.

Ambitionen Russlands

nicht nur intensiven Handel im Technologiebereich, sondern liefert auch Waffen – eine Tatsache, die von den USA sehr kritisch beobachtet wird. Sollten diese wirtschaftlichen Verbindungen gekappt werden, so die Befürchtungen in Russland, würde der Einfluss im Iran und dem gesamten Nahen Osten deutlich geschmälert.[22] Ein weiterer Grund für Russland, an der Situation in der Region nichts ändern zu wollen, sind die durch die Instabilität und Unsicherheit verursachten hohen Ölpreise. Von diesen profitiert auch die russische Wirtschaft, nationale Interessen scheinen hier wichtiger zu sein als die der internationalen Gemeinschaft.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation weiterentwickelt, wenn in den Jahren 2008 bis 2009 sowohl Bush als auch Putin ihre Ämter abgeben.

Was bringt die Zukunft?

Es ist aber wohl im Interesse beider Länder, die Beziehungen wieder zu verbessern. Bei einer Veranstaltung des Woodrow Wilson Center erklärte Dmitri Trenin, dass beide Länder sich zwar gegenseitig brauchen, dies aber noch nicht realisiert haben. Russland brauche die USA hauptsächlich aus innenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen. So benötige man Unterstützung, um Bereiche wie Gesundheitswesen und Technologie zu modernisieren und sich in die globale Wirtschaft zu integrieren. Hierbei waren die erfolgreichen Verhandlungen über den Beitritt Russlands zur WTO ein erster wichtiger Schritt. Die USA bräuchten Russland, um internationale Probleme wie Terrorismus, Proliferation und Energiesicherheit lösen zu können. Beide Seiten scheinen allerdings noch nicht bereit zu sein, sich dies einzugestehen. Experten raten den USA, sich mit Kritik gegenüber Russlands zurückzuhalten. Nur so könne verhindert werden, dass das Image des Landes sich in Russland weiter verschlechtere.[23]

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation weiterentwickelt, wenn in den Jahren 2008 bis 2009 sowohl Bush als auch Putin ihre Ämter abgeben. Dmitri Trenin warnt davor, der Beziehung zwischen den Ländern weiterhin so wenig Beachtung zu schenken. Man müsse etwas zu ihrer Verbesserung unternehmen, sonst komme es über kurz oder lang zu ernsthaften Problemen.[24] Dies scheint auch die US – Administration mittlerweile erkannt zu haben. Laut eines Artikels der New York Times vom 6. März 2007 habe man eingesehen, dass man Russland in letzter Zeit nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet und nicht ausreichend auf die zunehmende anti-amerikanische Stimmung im Land reagiert habe. Man sei zu sehr mit anderen Dingen, also den Problemen im Irak, beschäftigt gewesen. Dies solle sich jedoch in Zukunft ändern. So strebe die Regierung ein Dialogprogramm mit Russland an, um deutlich zu machen, dass man bemüht ist, die Beziehungen zu verbessern. Man wolle in Zukunft einen stärkeren Dialog über außenpolitische Entscheidungen führen. Hierbei sollten beide Seiten die Möglichkeit haben, Interessen und Bedenken zu äußern. Ob diese neue Initiative tatsächlich zur Verbesserung der Beziehungen beitragen kann, bleibt abzuwarten. Es ist fraglich, ob die Regierung gewillt ist, auf langfristiger Basis an den Beziehungen zu arbeiten, oder ob es sich lediglich um eine Reaktion auf die starke Kritik Putins in den letzten Wochen handelt.

Fußnoten

[1] vgl. Sean McCormack: *Daily Press Briefing*, State Department, 4. und 9. Januar 2007, <http://www.state.gov/r/pa/prs/dpb/2007/c20096.htm>, Abruf vom 25.1.2007.

[2] Senator Richard G. Lugar: *Lugar Renews Energy Warning in Reaction to Russian Oil Cutoff*, <http://www.lugar.senate.gov/pressapp/record.cfm?id=267363>, Abruf vom 26.1.2007.

Fußnoten

- [3] vgl. Senator Richard G. Lugar: *Lugar Renews Energy Warning in Reaction to Russian Oil Cutoff*, <http://www.lugar.senate.gov/pressapp/record.cfm?id=267363>, Abruf vom 26.1.2007
- [4] vgl. Senator Richard G. Lugar: *Energy and NATO*, <http://www.lugar.senate.gov/energy/press/speech/riga.html>, Abruf vom 14.2.2007.
- [5] vgl. George W. Bush, Rede zur Energieinitiative, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2007/01/20070124-4.html>, Abruf vom 24.1.2007.
- [6] vgl. Matthew L. Wald: *The Long Road to Energy Independence*, New York Times, <http://www.nytimes.com/2007/01/28/weekinreview>, Abruf vom 29.1.2007.
- [7] vgl. Charles Krauthammer: *Energy Independence?*, Washington Post, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article>, Abruf vom 26.1.2007.
- [8] vgl. Kevin A. Hassett: *Beware of Bush's Latest Fix for Energy Policy*, American Enterprise Institute, http://www.aei.org/include/pub_print.asp?pubID=25530, Abruf vom 30.1.2007.
- [9] vgl. Irwin Stelzer: *Hugging Russian Bear May Lead to a Mauling from EU*, Hudson Institute, http://www.hudson.org/index.cfm?fuseaction=publication_details&id=4416, Abruf vom 25.1.2007.
- [10] vgl. Keith C. Smith: *Russian Energy Pressure Fails to Unite Europe*, Center for Strategic and International Studies, http://www.csis.org/index.php?option=com_csis_pubs&task=view&id=3704, Abruf vom 26.1.2006.
- [11] vgl. Ariel Cohen: *State of the Union 2007: Recognizing the Threat of Strategic Oil Dependency*, Heritage Foundation, <http://www.heritage.org/Research/EnergyandEnvironment/wm1324.cfm>, Abruf vom 26.1.2006.
- [12] vgl. Stephen F. Cohen – Interview: *USSR, U.S. and Russia: Opportunities Lost*, Center for Defense Information, <http://www.cdi.org/russia/johnson/2007-19-39.cfm>, Abruf vom 7.2.2007.
- [13] vgl. Dmitri Trenin: *Why America and Russia Need Each Other*, Vortragsveranstaltung des Woodrow Wilson Center, 2.2.2007.
- [14] vgl. *Russian Energy Policy and the New Russian State*, Veranstaltung des Cato Institute, 20.11.2006.
- [15] vgl. Thomas E. Ricks und Craig Whitlock: *Putin Hits U.S. Over Unilateral Approach*, Washington Post, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article>, Abruf vom 12.2.2007.
- [16] Ariel Cohen: *Confronting Putin's Anti-US Crusade*, Heritage Foundation, <http://www.heritage.org/Research/RussiaandEurasia/wm1356.cfm>, Abruf vom 13.2.2007.
- [17] vgl. Andrei A. Piontkovsky: *Russian Elite Still See U.S. as Bogeyman*, Hudson Institute, http://www.hudson.org/index.cfm?fuseaction=publication_details&id=4350, Abruf vom 25.1.2007.
- [18] vgl. Andrew Kuchins: *A Turning Point in US-Russian Relations?*, Carnegie Endowment for International Peace, <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=print&id=18872>, Abruf vom 31.1.2007.
- [19] vgl. Dmitri Trenin: *Why America and Russia Need Each Other*, Vortragsveranstaltung des Woodrow Wilson Center, 2.2.2007.
- [20] vgl. Leon Aron: *What Does Putin Want?*, American Enterprise Institute, http://www.aei.org/publications/filter.all.pubID.25204/pub_detail.asp, Abruf vom 25.1.2007.
- [21] vgl. Keith C. Smith: *Russian Energy Pressure Fails to Unite Europe*, Center for Strategic and International Studies, http://www.csis.org/index.php?option=com_csis_pubs&task=view&id=3704, Abruf vom 26.1.2006.
- [22] vgl. Ariel Cohen: *The Bush-Putin Hanoi Summit: Iran, Georgia, Energy, and WTO Protocol on the Agenda*, Heritage Foundation, <http://www.heritage.org/Research/RussiaandEurasia/wm1257.cfm>, Abruf vom 28.2.2007.
- [23] vgl. Mark Teeter: *The Image Matches Reality*, Carnegie Endowment for International Peace, <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=print&id=18978>, Abruf vom 31.1.2007.
- [24] vgl. Dmitri Trenin: *Why America and Russia Need Each Other*, Vortragsveranstaltung des Woodrow Wilson Center, 2.2.2007.
- [25] vgl. Thom Shanker und Helene Cooper: *U.S. Moves to Soothe Growing Russian Resentment*, New York Times, 6.3.2007.

